FS-15 NEU

Zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer stärken und Verantwortung für eine menschenwürdige Asylpolitik übernehmen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	Gorden Isler (KV Hamburg-Eimsbüttel) u.a
Beschlussdatum:	14.10.2022
Tagesordnungspunkt:	FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung, des Bundestages und der EU dafür ein, dass die Bekenntnisse des Koalitionsvertrages zur zivilen Seenotrettung noch in diesem Jahr konkretisiert werden und die zivile Seenotrettung im Mittelmeer substantielle Unterstützung erfährt. Das bedeutet für uns konkret:

Wir werden dafür eintreten, dass der bestehende Solidaritätsmechanismus weiterentwickelt wird. Bisher scheitert die Umsetzung an bürokratischen Hürden, die dazu führen, dass eine schnelle Umverteilung und Solidarität unter den Mitgliedsstaaten verhindert wird. Außerdem sind die Zusagen bislang völlig unzureichend.

Deswegen wollen wir mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta-Mechanismus weiterentwickeln, damit eine schnelle Registrierung und Zugang zu Asylverfahren in den EU-Staaten sichergestellt wird und überfüllte Lager an den Außengrenzen vermieden werden. Wir wollen einen Mechanismus, der verlässlich und schnell eine Umverteilung ermöglicht und damit die europäische Solidarität stärkt. Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die Zulässigkeitsprüfungen, eine systematische Inhaftierung von Asylsuchenden und eine Nichteinreisefiktion vorsehen, lehnen wir ab. Auch bei der EU-Kommission treten wir dafür ein, dass keine Akteure, wie zum Beispiel die libysche Küstenwache, finanziert werden, um eine völker- oder menschenrechtswidrigen Abschottungspolitik durchzusetzen.

Hafenblockaden und tagelange Wartezeiten auf die Zuweisung eines sicheren Hafens nach der Rettung von Menschen aus Seenot sind mit unseren und den europäischen Werten unvereinbar. Die Drangsalierung von Schutzsuchenden und Seenotrettungsorganisationen muss beendet werden. Das könnte beispielsweise durch ein Pilotprogramm gelingen, bei dem innerhalb des Kontingents des Solidaritätsmechanismus Personen in dem Umfang aufgenommen werden, wie sie von Schiffen mit deutscher Flagge gerettet werden. So würden Mittelmeerstaaten wie Malta keinen Grund mehr für Blockaden haben und wir würden unserer besonderen Verantwortung für die Seenotrettung gerecht werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Seenotrettungsleitstellen in Malta und Italien könnte sich dadurch erheblich verbessern, denn momentan werden die Organisationen nicht über Seenotrettungsfälle informiert und Anrufe ignoriert.

Um die Aufnahmebereitschaft in Deutschland zu stützen und fördern, sollten Kommunen und Bundesländer, die über ihre Verpflichtungen hinaus Menschen aufnehmen wollen, bei

Aufnahmeprogrammen berücksichtigt werden. Auch eigene Initiativen zur Aufnahme wollen ermöglichen und nicht behindern.